

Agrarsubventionen in andere Bahnen lenken

Ziel: mehr gesunde und klimaverträgliche Nahrungsmittel

Wie sich durch eine Umgestaltung der globalen Agrarsubventionen eine gesündere und klimafreundlichere Landwirtschaft entwickeln lässt, haben Wissenschaftler der Universität Oxford und des Braunschweiger Thünen-Instituts untersucht. Die Ergebnisse sind jetzt im Fachblatt *Nature Communications* erschienen.

Weltweit fließen jährlich mehr als 200 Milliarden US-Dollar in staatliche Leistungen für die Landwirtschaft. Dabei stehen vor allem die Stützung der bestehenden Agrarsysteme und der landwirtschaftlichen Betriebe im Vordergrund, weniger die Produktion gesunder und klimafreundlich erzeugter Nahrungsmittel. Angesichts dessen, dass die Landwirtschaft inklusive Transport, Weiterverarbeitung und Vertrieb von Nahrungsmitteln für ein Drittel aller Treibhausgas-Emissionen verantwortlich ist und sich viele schwere Krankheiten auf unausgewogene Ernährung zurückführen lassen, erscheint es lohnenswert, das bisherige System zu überdenken.

In einer neuen Studie haben Dr. Marco Springmann von der Universität Oxford und Dr. Florian Freund vom Thünen-Institut für Marktanalyse Möglichkeiten zur Reform der Agrarsubventionen untersucht, die die klimaverträgliche Produktion und die Gesundheit der Bevölkerung verbessern würde. Anhand von Modellrechnungen spielten sie mehrere Varianten durch – allen gemein ist, dass ein Teil der Subventionen an den Anbau von sowohl gesunden als auch nachhaltig produzierten Lebensmitteln geknüpft wird. Das bedeutet: mehr Gartenbauprodukte wie Obst, Gemüse, Nüsse und Hülsenfrüchte und geringere Viehbestände.

Derzeit wird nur ein knappes Viertel der Agrarsubventionen für Gartenbauprodukte verwendet. Die restlichen Mittel werden für Getreide und Ölsaaten gezahlt (etwa ein Drittel), wovon ein Großteil in der Tierfütterung genutzt wird – oder gehen direkt an die tierische Erzeugung (Mastbetriebe und Milchviehhaltung). Würden die Agrarsubventionen vollständig zur Förderung von Nahrungsmitteln mit vorteilhaften Gesundheits- und Umwelteigenschaften verwendet, würde dies in den OECD-Ländern (u.a. EU, USA, Japan) zu einer Produktionssteigerung von Obst, Gemüse, Nüssen und Hülsenfrüchten um 19 % führen, in Nicht-OECD-Ländern wie China, Russland oder Indien um 3 %. Die Treibhausgas-Emissionen würden leicht zurückgehen, vor allem wegen verringertem Konsum von Fleisch- und Milchprodukten und von Grundnahrungsmitteln, die mit der Zunahme von Gartenbauprodukten einhergingen (In OECD-Ländern -1,7 %, in Nicht-OECD-Ländern -0,2 %).

Der Konsum von Obst und Gemüse würde aufgrund des veränderten Angebots deutlich ansteigen: um 10 % in den OECD-Ländern und um 5 % in Nicht-OECD-Ländern. Dies würde den Modellrechnungen zufolge die ernährungsbedingte Sterblichkeit um rund 440.000 Personen pro Jahr verringern.

Zielkonflikte

Die Studienergebnisse zeigen aber auch, dass es eine Reihe von Zielkonflikten gibt. Würden die Agrarsubventionen komplett abgeschafft, könnte das volkswirtschaftlich und ökologisch vorteilhaft sein, sich aber negativ auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken. Die Umlenkung aller Subventionen auf die Produktion von gesunden und klimaverträglich produzierten Lebensmitteln hingegen würde die Gesundheit der Bevölkerung verbessern und die Treibhausgas-Emissionen verringern, aber negative wirtschaftliche Auswirkungen haben.

Am vielversprechendsten erwies sich ein Ansatz, bei dem die Subventionen gleichmäßiger über alle Länder aufgeteilt und alle Zahlungen an den Anbau gesunder und klimaverträglich produzierter Nahrungsmittel gekoppelt werden. Aber auch wenn die Länder ihre derzeitigen nationalen Subventionsniveaus beibehielten und nur die Hälfte der Zahlungen koppelten, würde dies zu einer Verbesserung der Gesundheit und Nachhaltigkeit beitragen.

Ob und in welchem Umfang die Agrarsubventionen reformiert werden, hängt vom Willen der politischen Entscheidungsträger, der Öffentlichkeit und der jeweiligen Interessengruppen ab. Die zähen Verhandlungen um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU geben einen Eindruck davon, wie schwierig ein solches Unterfangen ist. Allerdings wird in weiten Kreisen der EU und des Vereinigten Königreichs inzwischen ein „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“-Ansatz propagiert, bei dem die Landwirte stärker für ihr umweltbewusstes Handeln honoriert werden sollen. Wissenschaftliche Modellrechnungen wie in der aktuell veröffentlichten Studie können der Politik dabei einen wichtigen Orientierungsrahmen geben.

Originalartikel:

Springmann, M., Freund, F. (2022): Options for reforming agricultural subsidies from health, climate, and economic perspectives. Nat Commun 13, 82.

<https://doi.org/10.1038/s41467-021-27645-2>

Kontakt:

Dr. Florian Freund
Thünen-Institut für Marktanalyse, Braunschweig
Tel.: 0531 596-5338
Mail: florian.freund@thuenen.de